

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 16 (1915-1916)

Artikel: Symptom und Ursache
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917317>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SYMPTOM UND URSACHE ¹⁾

Im ersten Juli-Heft von *Wissen und Leben* entwickelt Hermann Fernau in Form eines „Offenen Briefes an die Machthaber der Westmächte“ den Gedanken, durch eine Abänderung des bekannten Artikels 11 der deutschen Reichsverfassung in der Weise, dass die Befugnis zur Kriegserklärung dem Reichstag übertragen wird, dem *deutschen Militarismus* seine Friedensgefährlichkeit zu nehmen. Er bestimmt den Begriff des „deutschen Militarismus“ als „ein Gewaltprinzip und eine ins Mittelalter gehörende Auffassung von Recht und Gesittung“, die, so muss man ergänzen, im großen ganzen zwar auch in Deutschland ausgestorben seien, aber doch deshalb immer noch für die Ruhe und Sicherheit Europas gefährlich seien, weil es Männer gebe, die die gesetzliche Macht besäßen, sie in die Tat umzusetzen. Und zwar versteht er unter dieser gesetzlichen Macht genauer das verfassungsmäßige Recht des deutschen Kaisers, bezw. des Bundesrates, Krieg zu erklären, weshalb er logischerweise zu dem Schluss kommt, dass die Entziehung dieses Rechtes und seine Übertragung an die Volksvertretung wie in den Weststaaten den Militarismus aus der deutschen Politik ausschalten und somit der Welt den Frieden sichern würde.

Ich weiss nun nicht, ob die Staatsmänner Englands und Frankreichs (warum ergeht der Appell nicht auch an die Regierung des Zaren?...) diese Definition gelten ließen und die daraus abgeleitete Folgerung annähmen, oder ob sie nicht eher den Sätzen zustimmen würden, die kürzlich Jean Herbette schrieb: „Il n'y a point de définition internationale de la démocratie... Les mêmes doctrines démocratiques qui en France et en Angleterre étaient pacifiques jusqu'aux moëllles, ont été en Allemagne des instruments

¹⁾ Der aufmerksame Leser wird leicht einsehen, in welchen wichtigen Punkten die Herren Nippold und Kramer einig gehen. Nun möchte ich diesen Leser auch noch an den Artikel Egger (im letzten Hefte) erinnern, und ihn bitten, auch Fernau's „Offenen Brief“ wieder zu lesen, und ebenso die verschiedenen Stimmen aus England. Hinter den unvermeidlichen Differenzen in der Ausdrucksweise wird der denkende Leser sicher etwas gemeinschaftliches finden, das sich allmählich und immer deutlicher herausbildet. Aus Frankreich sind mir ebenfalls Antworten auf Fernau angemeldet, die voraussichtlich am 1. September erscheinen werden. Später werde ich mir gestatten, die Hauptpunkte der Diskussion zusammenzufassen; — heute ist es schon klar, dass wir nun einen guten Schritt vorwärts gekommen sind.

d'expansion et d'agression. Ceux qui croient qu'une Allemagne gouvernée par les partis de gauche n'aurait jamais voulu la guerre, se trompent d'une manière étrange: elle l'aurait voulue plus intelligemment, voilà tout." (*Echo de Paris* vom 5. Juli.) Immerhin dürfte sich Herrn Fernaus Auffassung mit der vulgären Entente-Meinung decken, der Herrschaftsdrang einer „unkontrollierten Junkerkaste“ in Deutschland sei die treibende Kraft zum Kriege gewesen, und „le kaiser“ als ihr Werkzeug oder ihr Komplize habe seine Macht zu dem Versuche missbraucht, die im Gegensatz zu den Wünschen der Volksmehrheit stehenden Pläne dieser Militärpartei in die Tat umzusetzen. Nun will ich mich nicht bemühen zu beweisen, dass die Hegemonieträume der feudalen Klasse Preußens nicht die treibende Kriegskraft gewesen seien und dass in Wahrheit ganz andere Bestrebungen den Krieg herbeigeführt hätten. Nur das mag im Vorbeigehen bemerkt sein, dass es sich bei der Denkart, die man als militaristisch oder alldeutsch zu bezeichnen pflegt, auf keinen Fall um die atavistischen Anschauungen irgendeiner Clique oder Camarilla handelt, sondern um eine starke Volksströmung, die zwar nicht die Mehrheit der Bevölkerung erfasst hat, die aber doch von einer Reihe weitverbreiteter, einflussreicher und zum Teil sehr kapitalkräftiger Organisationen parteipolitischer, „nationaler“ und wirtschaftlicher Art getragen wird. Ich frage vielmehr: Hat die auswärtige Politik der deutschen Regierung im großen ganzen die Billigung der Volksmehrheit gefunden und ist im besonderen die Haltung der deutschen Regierung im Juli 1914, die zur Kriegserklärung an Russland und Frankreich führte, im Einklang mit dem Denken und Fühlen der Volksmehrheit und der Volksvertretung gestanden?

Die historischen „elf Tage“ habe ich nicht in Deutschland miterlebt. Aber allein die Zeitungen und Zeitschriften, wenn man sie als Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten lassen will, mussten Einen belehren, dass die Volksstimmung ziemlich einheitlich hinter der Regierung stand. Einige alldeutsche Blätter waren zwar anfangs gegenüber Österreich-Ungarn stark misstrauisch, wie den Alldeutschen überhaupt eine Politik, die Deutschland in Konflikt mit Russland bringen konnte, nie sympathisch war, da sie in England „den Feind“ erblickten. Auch einige wenige große demokratische Zeitungen bezweifelten, ob das scharfe Zugreifen in Serbien

die richtige Methode sei, um die Sicherheit der Donaumonarchie zu wahren; doch hatte sich bei verschiedenen früheren Gelegenheiten gezeigt, dass dieselben Organe in Fragen der auswärtigen Politik nicht die Meinung der ihnen nahe stehenden Partei wiedergaben. Die sozialdemokratische Presse verurteilte wohl ziemlich einhellig die österreichisch-ungarische und deutsche Diplomatie, wenn sich auch auf der äußersten Linken etliche Stimmen hören ließen — besonders von früheren Nationalsozialen —, die den sozialdemokratischen Kundgebungen „jede, aber auch jede Spur eines Verständnisses für die wirkliche Situation Deutschlands und für die wahre Bedeutung des Augenblicks“ absprachen. Sonst herrschte aber ohne Unterschied der Parteien, auf Seite der Konservativen und Nationalliberalen, deren machtpolitischem Denken der Geist des österreichisch-ungarischen Ultimatums vollkommen entsprach, ebenso wie im Zentrum, das sich mit dem katholischen Habsburg besonders eng verbunden fühlte, und im fortschrittlichen Lager, wo die Gegnerschaft gegen Russland immer lebendig gewesen war und nach Abwerfung der alten militär- und kolonienfeindlichen Tradition seit den Blockwahlen von 1907 die „neudeutsche“ Weltpolitik und besonders die Balkan- und Orientpolitik die zielbewusstesten Vorkämpfer hatte — überall herrschte die Ansicht vor, dass Österreich-Ungarn vollkommen recht habe, den Bogen so straff zu spannen, und dass es Deutschlands selbstverständliche Bündnispflicht sei, die mit dem eigenen Lebensinteresse zusammenfalle, Österreich-Ungarn nötigenfalls bis zu den letzten Konsequenzen die Stange zu halten.

Die Einheitlichkeit dieser Stimmung im Volke konnte ich dann selber feststellen, als ich zur Mobilisation über den Bodensee fuhr. Ich selber konnte nicht darüber hinwegkommen, dass das Wiener Kabinett trotz der Wahrscheinlichkeit einer russischen Einmischung — mochte sie noch so unberechtigt sein — von vornherein entschlossen war, den Konflikt mit Serbien zum äußersten zu treiben, wobei ihm die deutsche Regierung zunächst völlig freie Hand gelassen hatte, und nahm mir daher vor, meine abweichende Meinung möglichst wenig laut werden zu lassen. Tatsächlich kam ich auch in eine ganz andere Atmosphäre hinein, als sie etwa in der Schweiz geherrscht hatte; die oft genug beschriebene Wucht der Stimmungseinheit und -geschlossenheit, die keiner vergessen kann, der sie

gefühlt hat, war einfach überwältigend, von einer nennenswerten Opposition keine Spur. Und was ich auch immer in Gesprächen zugunsten einer anderen Lösung des Konflikts anführen mochte — meine Argumente scheiterten alle an der festen Überzeugung: es ging nicht anders. Die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges mit der ganzen serbischen Frage war eben, im Gegensatz zur Entente, wo man sich mit Vorliebe an die „elf Tage“ hält und das Frühere mehr summarisch erledigt, im Bewusstsein des Volkes völlig in den Hintergrund getreten; man hatte nur mehr ein Auge für die „Einkreisungspolitik“, deren Schlingen man in den vorhergehenden Jahren sich enger und enger über Deutschland zusammenziehen fühlte; man sah den von Russland drohenden Krieg immer näher kommen und nahm ihn als unausweichliches Schicksal entgegen, das früher oder später doch hätte hereinbrechen müssen und das jetzt, wo es da war, gleichsam als Befreiung von einem schweren Alldruck empfunden ward. So zweifle ich keinen Augenblick daran, dass die Abstimmung des Reichstags am 4. August über die Kriegskredite, *die sachlich einer Abstimmung über den Krieg selber gleichkam*, durchaus dem Willen der erdrückenden Volksmehrheit entsprach, dass also auch ohne formale Bindung der Regierung an den Willen der Volksvertretung die Übereinstimmung von Regierungspolitik und Volksmeinung praktisch doch vorhanden war.

Ob man dasselbe auch von den Weststaaten sagen kann, weiß ich nicht sicher. Mir macht es, von außen gesehen, eher den Eindruck, dass sowohl in England wie in Frankreich die äußere Politik, die im Kriege endigte, in den letzten Jahren keineswegs die Volksmehrheit hinter sich hatte, dass trotz allen demokratischen Formen mehr oder weniger eine „camaraderie“ oder Aristokratie die Staatsleitung in der Hand hatte und dass die Parlamente über die Verpflichtungen, die die Regierungen nach außen hin eingegangen waren, einfach nicht unterrichtet waren. Die energische Bewegung für Demokratisierung der auswärtigen Politik, die von der englischen „Union of democratic control“ ausgeht, spricht eine sehr eindeutige Sprache.

Allgemein ausgedrückt: es kommt nicht in erster Linie auf die formale Demokratie an, sondern auf die tatsächliche Gesinnung der Volks- und Parlamentsmehrheit. Ist die Volksmehrheit nicht jeder gewaltsamen Lösung internationaler Konflikte abhold, dann kann

der vollkommenste Parlamentarismus nicht unbedingt den Frieden sichern; arbeitet aber der auf dem Papier oder in der konstitutionellen Praxis vorhandene Parlamentarismus mangels einer fortlaufenden, wirksamen Kontrolle der auswärtigen Politik (die nicht erst einzusetzen hätte, wenn es sich schon um die Kriegserklärung handelt!) ungenügend, dann hat eben die Regierung für etwaige kriegerische Absichten ebenso freie Hand, wie wenn auch formell eine oligarchische Regierungsweise bestünde.

Ich bin natürlich trotzdem der letzte, der einer Übertragung des Kriegserklärungsrechtes an den deutschen Reichstag entgegengetreten wollte, bin vielmehr von jeher dafür eingestanden; eine solche Verfassungsänderung wäre nicht allein der förmliche Ausdruck der Souveränität des Volkes in Fragen der äußeren Politik, sondern auch ein Schutz dagegen, dass *in der Zukunft* einmal ein Kaiser oder eine Regierung im Gegensatz zur Volksmehrheit äußere Politik nach dem Herzen der Chauvinisten und Militaristen machen wollte. Was ich bestreite ist nur, dass *in der Vergangenheit* ein solcher Gegensatz bestanden habe, und dass daher der deutsche Reichstag den Krieg nicht erklärt hätte, wenn er die verfassungsmäßige Macht dazu gehabt hätte. Vielmehr glaube ich, dass auch die reinste formale Demokratie, mit Verhältniswahlrecht und Volksabstimmung, in Deutschland keine andere Entscheidung gebracht hätte, als sie der Kaiser auf das Gutachten seiner politischen und militärischen Berater hin gefällt hat. Hätte aber wirklich ein klaffender Gegensatz zwischen Regierung und Volk bestanden oder hätte er sich im Laufe dieser zwei Kriegsjahre gebildet, dann besäße das Volk Kraft genug, um die Folgerungen daraus zu ziehen, auch ohne dass die Entente, wie sie jetzt in Griechenland tut, mit Schiffskanonen und Bajonetten als Beschützerin der Freiheiten und Rechte des Volkes einzugreifen brauchte!

* * *

Damit ist freilich nicht gesagt, dass es nun nicht notwendig oder nicht möglich sei, den „deutschen Militarismus“ als friedensgefährdende Kraft auszuschalten, vorausgesetzt, dass man den Begriff „deutscher Militarismus“ richtig versteht und ihn nicht nur als Vorwand gebraucht für Bestrebungen, die gegen das deutsche

Reich als solches gerichtet sind, oder ihn als die von der deutschen Regierung geteilte Gewaltpolitik der chauvinistisch-militaristischen Kreise auffasst (diese Kreise standen und stehen vielmehr in schärfster Opposition zur Regierung), sondern ihn einfach als unstatthafte Beeinflussung der Politik durch die rein militärische Betrachtungsweise nimmt, die z. B. Bismarck meistens abzuweisen verstanden hatte. Nur darf man nicht an einem *Symptom* herumdoktern wie dem Entscheidungsrecht des Bundesrates oder Kaisers über Krieg und Frieden, sondern muss die *Ursache* beseitigen. Der „deutsche Militarismus“, wie ich ihn verstehe, ist ja doch nicht ein Ding für sich; er ist vielmehr nur eine Parallelerscheinung zu den nationalistischen Strömungen in den Vierverbandstaaten, soweit wenigstens die Regierungen davon ergriffen worden sind, ja er ist eigentlich nur die Folge dieser Strömungen, da die in ihnen liegenden Gefahren das Deutsche Reich zu seiner ständigen, aufs Höchste gesteigerten militärischen Bereitschaft zwangen, aus der dann jene Beeinflussung der Politik durch die rein militärische Betrachtungsweise floss, der inneren Politik ebenso wie der äußern, mit der wir es hier allein zu tun haben. Solange diese Gefahren bestanden, mussten auch alle Versuche scheitern, Deutschland zum Eintritt in eine wie immer geartete *Völkerrechtsgemeinschaft* zu bewegen. Denn Deutschland konnte sich einem obligatorischen Schiedsgericht nicht unterstellen und auf Abrüstung unmöglich eingehen, wenn ihm nicht gleichzeitig sein *ungeschmälerter Besitzstand* und seine volle innere und äußere *Entwicklungsfreiheit* garantiert waren. Da sich aber bisher die Entente-Staaten gerade weigerten, das neue Deutsche Reich als Tatsache hinzunehmen, blieb diesem nichts anderes übrig, als auf dem Weg zu verharren, der bisher allgemein als der einzig mögliche zur Sicherung der staatlichen Selbständigkeit gegolten hat: dem Weg der Selbsthilfe durch Gewalt — was indes keineswegs ausschließt, dass für die Haltung der deutschen Vertreter auf den Haager Konferenzen nicht auch noch andere Beweggründe massgebend gewesen seien.

Nun, da dieser Weg in den Abgrund geführt und statt die Katastrophe zu verhindern sie gerade beschleunigt hat, und da jeder Monat klarer die Unmöglichkeit erweist, an der Tatsache des Deutschen Reiches und seiner politischen und wirtschaftlichen Weltstellung zu rütteln, sollte die Bahn frei sein für den Entschluss,

allen Staaten, also auch Deutschland, die Abrüstung und Unterstellung unter ein obligatorisches Schiedsgericht dadurch zu ermöglichen, dass eine Gemeinbürgerschaft aller europäischen und amerikanischen Staaten jedem einzelnen Staat seinen Bestand und seine innere und äußere Entwicklungsfreiheit sichert. Die wichtigsten Fragen, um die der gegenwärtige Krieg geht, könnten auf diese Weise eine Lösung finden, mit der die beteiligten Staaten wohl zufrieden sein könnten. Für England fiel die Notwendigkeit der Beherrschung der See und der Anreiz zur Aufrechterhaltung des Seebeuterechts, also zur Unterdrückung der „Freiheit der Meere“, ebenso dahin wie für Deutschland die Notwendigkeit, stets ein vollkommen schlagfertiges Landheer zu unterhalten mit all den Gefahren, die aus diesem Zustand entspringen; Russland brauchte nicht mehr die Festsetzung an den Meerengen zu erstreben, um den ungestörten Gang seiner riesigen Ausfuhr zu sichern, von dem das Gedeihen seines gesamten wirtschaftlichen und staatlichen Lebens abhängt; Italien hätte fernerhin keine Ursache, aus strategischen Gründen die Adria als „mare nostrum“ zu beanspruchen; Österreich-Ungarn wäre sicher vor Unterwühlung seines Staatsgebietes von außen her und bekäme auf dem Balkan so gut wirtschaftliche Bewegungsfreiheit, wie Deutschland im Orient eine offene Tür für seinen Handel fände (denn die Zollmauern würden ebenso notwendig fallen, wie innerhalb des deutschen Bundesstaates die Schlagbäume und Mautlinien auch verschwinden mussten); Frankreich hätte keinerlei „menace allemande“ mehr zu fürchten usw. usw. Auch die Nationalitätenfragen könnten eher gelöst werden, da die staatliche Einigung aller Angehörigen der gleichen Nationalität nicht mehr zusammenfallen müsste mit der Bildung auf sich selbst gestellter militärischer Machtstaaten (Polen, Südslaven) und bei dem Wegfall strategischer Grenzsicherungen die Eingliederung fremder Volksteile nicht länger nötig wäre (Französisch-Lothringen und -Elsaß, Trentino und Triest usw.). Damit entfielen dann auch für Deutschland ebenso der Grund, sich in Belgien „reale Sicherheiten“ gegen die Benützung Belgiens als Vorwerk der Westmächte zu schaffen, wie für England, Belgien nicht zum Sprungbrett Deutschlands für einen Angriff auf die britischen Inseln werden zu lassen, und die volle Wiederherstellung des Königreiches wäre gesichert. Auch die

Neutralität der Schweiz und der andern kleinen Staaten wäre auf eine unvergleichlich festere Grundlage gestellt als heute, wie überhaupt erst so die Voraussetzungen für die Ausbildung eines wirklichen, haltbaren Völkerrechts geschaffen würden.

Ob eine solche Völkerrechtsgemeinschaft mit Zwangscharakter, gemeinsamer Exekutive und gemeinsamen überstaatlichen Einrichtungen zustande kommt, das hängt in erster Linie von dem Willen der Vierverbandsmächte ab, den Bestand des Deutschen Reiches, mit dem sie sich bisher nicht abfinden konnten, endlich einmal in aller Form anzuerkennen. Wenn ich die Dinge richtig ansehe, dann ist auch bei der führenden Entente-Macht, England, dieser Wille schon recht weit vorgedrungen. Die letzten Äußerungen Asquiths und Greys dürfen wohl so gedeutet werden, dass sie ihrer Formel „Zerstörung des deutschen Militarismus“, die früher tatsächlich nur ein Euphemismus für „Brechung der deutschen Wehrmacht“ gewesen war, jetzt den Sinn geben wollen: Ausübung eines Druckes auf Deutschland, damit es in ein zwischenstaatliches Rechtssystem eintrete. Nur ist die englische Regierung noch nicht stark genug, um sich gegenüber dem Nationalismus im eigenen Land und besonders gegenüber den Jusqu'aboutisten in Frankreich durchzusetzen, und führt deshalb den Krieg weiter. Es ist auf jeden Fall bezeichnend, dass Grey erklärt hat, Frankreich als das am schwersten unter dem Krieg leidende Land habe „allein das Recht, vom Frieden zu reden“, was doch nichts anderes bedeutet, als dass er Frankreich als die zum Krieg bis aufs äußerste drängende Macht vorschoben und das englische Widerstreben, auf Friedensverhandlungen einzugehen, durch die französische Weigerung decken lassen möchte, den Krieg abubrechen. Solange allerdings Poincaré und sein Kreis in Frankreich maßgebend sind, kann von einem Frieden auf Grund der Anerkennung des unerschütterten und unversehrten Deutschen Reiches (der „Kriegskarte“, wie Bethmann Hollweg sagte) nicht die Rede sein. Wenn man nun aber auch die psychologischen Schwierigkeiten, die für den Franzosen und für die gegenwärtigen Machthaber Frankreichs im besonderen einem solchen Frieden im Wege stehen, durchaus würdigt, so darf man doch fragen, wie lange der Standpunkt „Siegen oder sterben“ in Frankreich noch aufrecht erhalten werden kann.

Gerade diese Lage auf der Gegenseite sollte aber die deutsche Regierung veranlassen, die Avancen, die ihr von London aus gemacht werden, mit einem Entgegenkommen auch von ihrer Seite zu beantworten, d. h. von den Kriegszielen der Nationalisten und Gewaltpolitiker deutlich abzurücken und ihre Bereitwilligkeit zu erklären, in eine Rechtsgemeinschaft der europäisch-amerikanischen Staaten einzutreten. Man versteht ja die Gründe für die Zurückhaltung der Reichsregierung in der Kriegszielfrage: die Kriegslage ist noch unfertig, die Gegensätze in der Auffassung vom Charakter des kommenden Friedens würden heftig aufeinanderprallen und vielleicht gar den gegenwärtigen Reichskanzler wegreißen; die parlamentarische Mehrheit, auf die sich die Regierung nach dem Krieg stützen muss, hat sich noch nicht einmal in ihren Umrissen abgezeichnet, sodass sie noch mit keiner Partei unheilbar brechen will. Wenn man aber sieht, wie tagtäglich die angeblichen ausschweifenden Eroberungs- und Herrschaftspläne Deutschlands erhalten müssen, um die Entente-Völker zum Durchhalten jusqu'au bout aufzupeitschen, dann fragt man sich wirklich, ob nicht ein klares Wort von berufener deutscher Seite, dass Deutschland willens ist, durch eine den Bestand und die Entwicklungsfreiheit des Reiches sichernde Völkerrechtsgemeinschaft eine „endgültige Friedensordnung der europäischen Dinge“ (Bethmann Hollweg am 5. April 1916) begründen zu helfen — ich sagte: man muss sich fragen, ob nicht eine solche Erklärung, gefolgt von mittelbaren Verhandlungsvorschlägen, den Frieden so nahe bringen oder die moralische Stellung Deutschlands auf eine so unantastbare Grundlage heben würde, dass dagegen alle opportunistischen Bedenken zurücktreten müssten. Das würde freilich voraussetzen, dass nicht nur die Annexionisten und Chauvinisten innerhalb des Volksganzen isoliert und die sich von ihnen nur der Form nach unterscheidenden Befürworter eines Staatenbundes unter deutscher Führung einflusslos gemacht würden, sondern auch, daß das anarchische Prinzip als Grundlage für die Staatenbeziehungen überhaupt aufgegeben würde. Die ganze überlieferte Vorstellungswelt vom Schutz des Vaterlandes durch „reale“ Sicherheiten, durch strategisch günstige Grenzen, durch Festungen und Flottenstützpunkte, durch eine respekteinflößende Rüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft ist ja unvereinbar mit einer solchen neuen Grund-

lage des Völkerlebens, das künftig nicht mehr auf gegenseitiger Furcht und Furchterregung beruhen dürfte, sondern auf Vertrauen — Vertrauen in das eigene, unverlierbare Lebensrecht und in die Friedenskräfte bei den andern Völkern — und Erzeugung von Vertrauen, das nicht länger auf der verhängnisvollen Lehre: „Si vis pacem, para bellum“ aufgebaut wäre, sondern auf dem Verständnis, dass die geistigen Mächte die einzigen Realitäten sind, das dann zu dem andern Schluss führt: Si vis pacem, para pacem.

Die Mentalität beider Mächtegruppen, das steht fest, muss eine grundlegende Änderung erfahren, wenn der *dauernde Frieden* aufgerichtet werden soll, für den alle Staaten zu kämpfen erklären, der aber auf dem bisherigen Weg nie gewonnen werden kann. Wie lange der Krieg noch weitergehen muss, bis auf der Vierverbandsseite die Erkenntnis durchbricht, dass mit Gewalt gegen das Daseinsrecht des deutschen Volkes nichts zu erreichen ist, und bis daraus der Willen erwächst, das Deutsche Reich als Tatsache anzuerkennen, das kann niemand sagen. Und auch das ist noch eine offene Frage, ob die Mehrheit des deutschen Volkes samt seiner Regierung, die keinerlei eitle Niederwerfungshoffnungen gegenüber dem Feind nährt und ihre Friedensbereitschaft auf Grund des bis jetzt Erreichten wiederholt kundgegeben hat, schon heute aus dem Krieg auch die Lehre gezogen hat, dass sich ohne Sicherheit gegen die Gefahren des (richtig verstandenen) „deutschen Militarismus“ die Entente-Völker, zum mindesten die Westvölker, nicht zufriedenstellen lassen, eine Sicherheit, die vollkommen nur durch eine organisierte Rechtsgemeinschaft der Staaten geboten werden kann und die so zusammenfällt mit der Erreichung des deutschen Kriegsziels: der „Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt“. Gewiss scheint mir nur das eine: dass ohne die Erfüllung beider Bedingungen ein Friede, der diesen Namen verdient, nicht möglich ist.

ZÜRICH

HUGO KRAMER



C'est souvent l'opinion que les autres ont de nous qui nous soutient contre celle que nous avons de nous-mêmes.

TÖPFFER, *Mélanges*

Si l'on a donné à ceux que l'on aimait, quelque chose qu'il arrive, il n'y a plus d'occasions où l'on doit songer à ses bienfaits.

LA BRUYÈRE, *Caractères*